

# Lohrs Legislatur : Frauen werden schon sehr bald bis 65 arbeiten müssen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **87 (2016)**

Heft 10: **Die Kesb im Visier : was die Behörde wirklich tut - und was sie nicht tut**

PDF erstellt am: **09.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Frauen werden schon sehr bald bis 65 arbeiten müssen

Mit viel medialem Getöse führte die grosse Kammer in der Herbstsession als Zweitrat die Detailberatung der Altersvorsorge-Reform durch. Vom Nationalrat zerzaust wurden dabei der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrats wie auch die überarbeiteten Ideen des Ständerats. Indem vereinzelt völlig neue Konzepte recht kurz vor Sitzungsbeginn eingebracht wurden, wählte man sich bisweilen in einem Theaterstück, das spannend wie ein Krimi ablief. Als Mitglied der vorbereitenden Kommission des Nationalrates gewann ich je länger desto mehr den Eindruck, dass nur allzu deutlich aufgezeigt wurde, wie sehr unsere Vorarbeit inhaltlich nicht standzuhalten vermochte. Woran mochte dies gelegen haben? Noch nicht alle waren bereit, die Karten schon in der ersten Runde auf den Tisch zu legen.

Geredet wurde viel an den mehr als zwei Verhandlungstagen. Die erklärte Zielsetzung wurde dabei unterschiedlich definiert. Die einen sprachen davon, das Rentenniveau halten zu wollen. Bei den anderen ging es darum, die Altersvorsorge zu stabilisieren. Man könnte glauben, dass damit alle das gleiche meinten. Dem war aber nicht unbedingt so, spielten doch bei verschiedenen Anträgen Partikularinteressen eine grosse Rolle. Hier wurden Entlastungen und Kompensationen gefordert, dort wurden deutliche Massnahmen respektive Zeichensetzungen angemahnt, um den künftigen Generationen Perspektiven bieten zu können. Definitiv gesetzt scheint sicher schon einmal eines: mit dieser Revision werden Frauen in unserem Land schon sehr bald auch bis 65 Jahre arbeiten müssen, ehe sie das AHV-Alter erreichen. Die deutliche Mehrheit stimmte diesem Schritt zu, der auch gesellschaftlich tragfähig sein dürfte.

### Rentenalter 67 vor dem Stimmvolk chancenlos

Noch völlig offen ist, ob ein Mechanismus eingeführt werden soll, der bei einer weiteren oder künftigen Schräglage der AHV automatisch einen stufenweisen Anstieg des Rentenalters auf 67 Jahre ab 2030 bringt. Derzeit scheint ein solches Vorhaben vor dem Stimmvolk chancenlos zu sein. Jüngere Generationen können sich dies zweifellos eher vorstellen. Für sie steht mehr im Vordergrund, dass sie gerechte und faire Möglichkeiten erhalten, überhaupt ein angemessenes Altersguthaben aufbauen zu können, das auch gesichert bleibt. Wir werden älter und fühlen uns auch bereit dazu, länger zu arbeiten. Wie der Teufel das Weihwasser scheuen derzeit alle Parteien Instrumente, die auch nur ansatzweise zu einem Rentenabbau führen würden. Wem man aber genau was ab wann zumuten will, das ist in einem klaren Detaillierungsgrad noch nicht feststellbar. Bei der Altersvorsorge handelt es sich ja eben auch um ein hochkomplexes



«Ich finde es äusserst wichtig, dass die Pensionsgerechtigkeit für Frauen mit Teilzeitarbeit verbessert wird.»

Christian Lohr, Nationalrat CVP Thurgau, ist der einzige Rollstuhlfahrer im Bundesparlament.

«So richtig brauchbar ist das noch nicht, was das Parlament in diesem Projekt bisher gemacht hat.»

Drei-Säulen-System, das sich sehr lange bewährt hat, nun aber tiefgründiger überdacht werden muss. Die Gefahr ist gross, dass man in der aktuellen Diskussion zu wenig weit schaut und deshalb einiges nur sehr flickwerkartig herauskommt. Doch die nächste Revision wird in absehbarer Zeit deshalb wieder notwendig sein.

So richtig brauchbar ist das noch nicht, was das Parlament bisher mit diesem Projekt gemacht hat. Die Staatskasse und das Gewerbe sollen zusätzliche Beiträge leisten, was im momentanen wirtschaftlichen Umfeld nicht auf Zustimmung stösst. Persönlich finde ich es zudem äusserst wichtig, dass die Pensionsgerechtigkeit für Frauen mit Teilzeitarbeit verbessert wird. Das Sparpotenzial in diesem Bereich zu erhöhen, heisst, eine vernünftige Sozialpolitik zu betreiben. Ganz klar stehe ich aber

auch dazu, dass neben einer solidarischen Absicherung auch die Eigenverantwortung mit dazugehört.

Das zähe Ringen um eine nicht nur im Parlament, sondern auch vor dem Stimmvolk mehrheitsfähige Lösung wird in den nächsten Monaten weitergehen. Nachdem die Positionen für ein erstes bezogen sind, wird es für die verschiedenen Seiten in den kommenden Differenzvereinbarungsrunden darum gehen, gewisse Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, gleichzeitig aber nicht allzu stark von den eigenen Haltungen abweichen zu müssen. Gerade bei diesem Geschäft steht aber die Ratstätigkeit extrem im Fokus der Öffentlichkeit, die – völlig zu Recht – nicht an politischem Geplänkel, sondern an einer zukunftsträchtigen Reform der Altersvorsorge interessiert ist. Die bisweilen bemüht geführten Scheingefechte sollen nun eingestellt und die gemeinsame Verantwortung wahrgenommen werden. Der Ball liegt für die Wintersession erneut beim Ständerat. ●